

Infoparlement Wintersession 2014

Wintersession 2014 Bundeskammern – Europapolitik

Gerne lassen wir Ihnen die europapolitische Vorschau der Neuen Europäischen Bewegung Schweiz (Nebs) auf die Wintersession des eidgenössischen Parlaments zukommen. In der kommenden Session werden kaum Geschäfte des EDA bearbeitet, trotzdem gibt es einige Traktanden, welche die Beziehungen zwischen der Schweiz und der EU tangieren. In den aktuellen, europapolitischen Diskussionen erscheinen uns zwei Punkte absolut wichtig:

- **Es braucht eine breite Allianz zur Verteidigung der Errungenschaften der Beziehung zwischen der Schweiz und der EU**

Nach der Masseneinwanderungsinitiative geht es darum, das Verhältnis zwischen der Schweiz und der EU neu zu überdenken. Bereits kursieren viele Strategien und Ideen, wie diese Relation in Zukunft aussehen soll. Trotz unterschiedlicher Endziele und Herangehensweisen, darf jedoch das Wesentliche nicht aus den Augen verloren werden. Es braucht eine gemeinsame Front zur Verteidigung der europäischen Errungenschaften, insbesondere der Personenfreizügigkeit. Alle konstruktiven Kräfte aus Politik, Wirtschaft und Zivilgesellschaft müssen zusammen für deren Erhaltung kämpfen.

- **Der Verhandlungsspielraum zwischen der Schweiz und der EU darf nicht schon im Vorfeld eingeschränkt werden**

Es gibt bereits Bestrebungen, den Handlungsspielraum der Schweiz mit der EU einzuschränken. Die Verhandlungen mit der EU über die Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative sind bereits schwierig genug. Die Nebs findet es unklug, unsere Diplomaten zusätzlich einzuschränken. Es macht keinen Sinn, jetzt das Beitrittsgesuch zurückzuziehen oder mit anderen Symbolischen Akten die Verhandlungen zu erschweren.

WICHTIGE GESCHÄFTE

Nationalrat

Montag, 24. November 2014, 14.30-19.00 Uhr

Geschäft des Bundesrates: «[Europäisches Unterstützungsbüro für Asylfragen. Vereinbarung mit der EU](#)» (14.060).

Status: Im Rat noch nicht behandelt.

Text: Botschaft vom 3. September 2014 zur Genehmigung der Vereinbarung zwischen der Schweiz und der EU zur Festlegung der Modalitäten der Beteiligung der Schweiz am Europäischen Unterstützungsbüro für Asylfragen (EASO) (BBI 2014 6915).

Kommentar: *Die Nebs begrüsst die Beteiligung der Schweiz an der EASO, einem operativen Bereich von Schengen/Dublin. Dadurch profitiert die Schweiz von der praktischen Zusammenarbeit mit den anderen europäischen Staaten im Asylbereich. Insbesondere der Informationsaustausch ist für unser Land wichtig. Damit bleibt unser Spielraum gewahrt und die gerechte und wirksame Berücksichtigung der Situation von Asylsuchenden erhöht.*

Donnerstag, 11. Dezember 2014, 8.00-13.00 Uhr

Geschäft des Bundesrates: «[Wirtschaftliche und soziale Ungleichheiten in der erweiterten EU. Beitrag der Schweiz zu Gunsten von Kroatien](#)» (14.050).

Status: Behandelt vom Ständerat.

Text: Botschaft vom 28. Mai 2014 über den Beitrag der Schweiz zugunsten von Kroatien zur Verringerung der wirtschaftlichen und sozialen Ungleichheiten in der erweiterten Europäischen Union (BBI 2014 4161).

Kommentar: *Die Nebs unterstützt den Erweiterungsbeitrags zugunsten von Kroatien. Mit dieser Massnahme, trägt die Schweiz zur Verbesserung der wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse in Kroatien bei. Damit kommt sie ihren Verpflichtungen nach und ermöglicht gleichzeitig den Zugang zu kroatischen Markt.*

ANDERE GESCHÄFTE

Nationalrat

Montag, 24. November 2014, 14.30-19.00 Uhr

Postulat WBK-NR: «[Freiwillige Positiv-Deklaration auch für ausländische Lebensmittel](#)»
(14.3669).

Status: Im Rat noch nicht behandelt.

Eingereichter Text: Der Bundesrat wird beauftragt einen Bericht über die aktuelle Situation der Etikettierung eingeführter Produkte zu erstellen, und die Möglichkeiten für eine allfällige Erweiterung des Art. 16a und 18 des Landwirtschaftsgesetzes (LwG) sowie Art. 21 des Lebensmittelgesetzes (LMG) aufzuzeigen, um eine freiwillige Positivetikettierung für ausländische Produkte zu ermöglichen.

Donnerstag, 27. November 2014, 8.00-13.00 Uhr

Geschäft des Bundesrates: «[Energiestrategie 2050, erstes Massnahmenpaket. Für den geordneten Ausstieg aus der Atomenergie \(Atomausstiegsinitiative\). Volksinitiative](#)»
(13.074).

Status: Im Rat noch nicht behandelt.

Text: Im Rahmen des langfristigen Umbaus des Energiesystems soll das internationale Umfeld berücksichtigt werden, namentlich die Entwicklung bei den Preisen und Produktionskosten. In diesem Zusammenhang sind die gegenwärtigen Verhandlungen mit der EU über ein Stromabkommen zu erwähnen (BBI 2013 7561).

Fortsetzung: *Montag, 1. Dezember 2014 bis zum Donnerstag, 4. Dezember 2014.*

ANDERE GESCHÄFTE

Ständerat

Dienstag, 25. November 2014, 8.15-13.00 Uhr

Motion Imoberdorf: «[Umsetzung des Kyoto-II-Abkommens mit Auslandzertifizierung. Ergänzung des CO₂-Gesetzes](#)» (14.3911).

Status: Im Rat noch nicht behandelt.

Eingereichter Text: Der Bundesrat wird beauftragt, das CO₂-Gesetz für die Umsetzung des Kyoto-II-Abkommens so anzupassen, dass Emissionseinsparungen je zur Hälfte im Inland und im Ausland erfolgen können. Zudem soll der Bundesrat im CO₂-Gesetz eine Übergangsregelung schaffen, die es bis zum Anschluss der Schweiz an das EU-Emissionshandelssystem ermöglicht, ausländische Emissionszertifikate den Emissionsrechten gleichzusetzen.

Motion Wasserfallen: «[Höhere Wirtschaftlichkeit des Luftfahrtstandortes Schweiz dank verhältnismässigen Regulierungen](#)» (12.3776).

Status: Motion an 2. Rat.

Stellungnahme des Bundesrates vom 14. November 2012: Die Schweiz hat als Mitglied der Internationalen Zivilluftfahrtorganisation (Icao) und der Europäischen Agentur für Flugsicherheit (Easa) deren Regelungen anzuwenden (...). Das Bazl setzt sich deshalb in internationalen Gremien konsequent für eine Verschlinkung des Regelwerks und einen langsameren Regulierungsrhythmus ein (...).

Mittwoch, 26 November 2014, 8.15-11.45 Uhr

Interpellation Keller-Sutter: «[Neutralität als Chance und Notwendigkeit für die Schweiz im veränderten internationalen Umfeld](#)» (14.3676).

Status: Im Rat noch nicht behandelt.

Donnerstag, 27. November 2014, 8.15-13.00 Uhr

Geschäft des Bundesrates: «[Medizinalberufegesetz \(MedBG\). Änderung](#)» (13.060).

Status: Von beiden Räten behandelt.

Im Rahmen des Abkommens vom 21. Juni 1999 zwischen der Schweiz und der Europäischen Union über die Freizügigkeit (FZA) hat die Schweiz die europäische Richtlinie 2005/36/EG über die Anerkennung von Berufsqualifikationen übernommen. Im Anschluss daran und angesichts der europäischen Rechtsprechung müssen die Bestimmungen des MedBG über die Anerkennung der Diplome und Weiterbildungstitel angepasst werden (BBI 2013 6205).

Montag, 1. Dezember 2014, 15.15-20.00 Uhr

Postulat Graber: «[Auslandsschweizer. Anlaufstelle für Steuer- und Finanzfragen sowie Zugang zum Zahlungsverkehr](#)» (14.3752).

Status: Im Rat noch nicht behandelt.

Dienstag, 2. Dezember 2014, 8.15-13.00 Uhr

Interpellation Lombardi: «[Zuwanderungsbeschränkungen in anderen europäischen Ländern](#)» (14.3914).

Status: Im Rat noch nicht behandelt.

Eingereichter Text (Auszug): (...) In der Presse hört man immer wieder, dass auch andere europäische Länder Massnahmen ergreifen wollen oder dies bereits getan haben, um die Zuwanderung in ihre Länder zu beschränken. Sind diese Massnahmen sinnvoll oder sogar notwendig, so ist eine Einführung auch für die Schweiz zu prüfen (...).

Montag, 8. Dezember 2014, 15.15-20.00 Uhr

Interpellation Imoberdorf: «[Benachteiligung der Schweizer Industrie durch horrend Emissionsrechtspreise](#)» (14.3471).

Status: Im Rat noch nicht behandelt.

Eingereichter Text (Auszug): (...) Ein im Gesetz vorgesehenes Linking des Emissionshandelssystems der EU mit dem Schweizer Emissionshandel und eine Gleichsetzung der Preise für Emissionsrechte würden eine Wettbewerbsverzerrung verhindern und einen liquiden Markt gewährleisten. Seit der Annahme der Masseneinwanderungs-Initiative und dem damit verbundenen Stopp der bilateralen Verhandlungen kann jedoch in naher Zukunft mit einem Linking nicht gerechnet werden (...).

Interpellation Abate: «[Zugang zu den ausländischen Finanzmärkten. Wo stehen wir?](#)» (14.3918).

Status: Im Rat noch nicht behandelt.

Eingereichter Text (Auszug): Für die Wettbewerbsfähigkeit unseres Finanzplatzes ist der Zugang zu den ausländischen Finanzmärkten unabdingbar und ein Hauptziel. (...) 3. Kann man ein sektorielles Abkommen mit der EU ins Auge fassen, oder ist es besser, mit den Ländern, die einen Bezug zum Finanzplatz unseres Landes haben, einzeln zu verhandeln? (...).

Donnerstag, 11. Dezember 2014, 8.15-13.00

Motion Barthassat: «[Schutz von eingetragenen Bezeichnungen wie AOC oder IGP. Schluss mit dem Missbrauch](#)» (12.3365).

Status: Motion an 2. Rat.

Eingereichter Text: Der Bundesrat wird beauftragt, Bestimmungen zu erlassen, die vorsehen, dass Produzentinnen und Produzenten von Erzeugnissen mit geschützten Ursprungsbezeichnungen und geschützten geografischen Angaben (AOC/IGP) diese Bezeichnungen nicht mehr für Produkte verwenden dürfen, die sie ausserhalb des festgelegten Gebiets, einschliesslich des Auslands, produzieren. Der Bundesrat soll zudem dafür sorgen, dass Unternehmen, die solche Bezeichnungen missbräuchlich verwenden und somit unerlaubterweise vom guten Ruf der Produkte profitieren, keine Bundesbeiträge mehr erhalten.

Motion Aebischer: «[Titeläquivalenz für die höhere Berufsbildung](#)» (12.3511).

Status: Motion an 2. Rat.

Eingereichter Text: Der Bundesrat wird beauftragt, die Abschlüsse der höheren Berufsbildung gemäss den Artikeln 26 bis 29 BBG aufzuwerten, indem jene modernen Titelbezeichnungen gesetzlich verankert werden, welche die Titeläquivalenz mit anderen schweizerischen und ausländischen Titelbezeichnungen herstellen (z. B. "Berufs-Bachelor", "Bachelor HF" oder "Professional Master"). Diese Ergänzung des BBG soll wenn möglich zeitgleich mit der Ausarbeitung des vorgesehenen Weiterbildungsgesetzes (WeBiG) vorgenommen werden.

Postulat CSEC-CE: «[Lagebeurteilung zur Titeläquivalenz in der höheren Berufsbildung](#)» (14.4000).

Status: Im Rat noch nicht behandelt.

Eingereichter Text (extrait): Der Bundesrat wird beauftragt, einen Bericht zu den Titeln der höheren Berufsbildung vorzulegen (...).

Geschäft des Bundesrates: «[Beteiligung der Schweiz an "Europäische Spallationsquelle ESS". Kredit 2013—2016. Änderung](#)» (14.068).

Status: Im Rat noch nicht behandelt.

Botschaft vom 3. September 2014 zur Genehmigung der Beteiligung der Schweiz an der internationalen Forschungsinfrastruktur Europäische Spallationsquelle ESS und zur Änderung des Bundesbeschlusses über die Kredite für die internationale Zusammenarbeit in Bildung, Forschung und Innovation für die Jahre 2013—2016 (BBI 2014 6795).

Motion Häberli-Koller: «[Gesetzliche Änderungen zur Förderung inländischer Arbeitskräfte](#)» (14.3795).

Status: Im Rat noch nicht behandelt.

Begründung (Auszug): Das Schweizer Stimmvolk hat am 9. Februar 2014 die "Masseneinwanderungsinitiative" (MEI) angenommen und damit signalisiert, dass die Schweiz ihre Zuwanderung im Grundsatz eigenständig steuern soll (...).Deshalb soll der Bundesrat gesetzliche Massnahmen ergreifen. Um die Abhängigkeit von ausländischen Arbeitskräften spürbar zu reduzieren, muss der Schweizer Arbeitsmarkt fundamental umgestaltet werden (...).